

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüthengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüthengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

N 225.

57. Jahrgang.

Mittwoch, den 28. September

1910.

Magdeburger Nachlese.

Die rote Heerschau ist zu Ende, und mit großer Erwartung hatte man auch in bürgerlichen Kreisen dem Verlauf des diesjährigen Parteitagges entgegengesehen, da es wieder einmal zu einer Aussprache zwischen Nord und Süd kommen sollte, nachdem man südlich des Main sich so schwer gegen wichtige Parteitagbeschlüsse vergangen hatte. Diese Erörterung hat stattgefunden, trotz allen Lärmens und aller scharfen Zusammenstöße ist die Sache doch ausgegangen, wie das Hornberger Schießen. Es ist freilich zu einer Verurteilung des süddeutschen Verhaltens gekommen, ja, man hat sogar einen von den Radikalen gestellten Zusatzantrag angenommen, der die Vorstandsresolution gegen die Budgetbewilligung bedeutend verschärfte. Dahin kam es jedoch in der Hauptsache wohl nur durch die weniger geübte Leitung; hätte an Stelle des Herrn Dieß, wie immer Singer präsidiert, so wäre diese Verschärfung vielleicht unterblieben, da die Einbringung des Zubeilischen Antrages eigentlich geschäftsordnungswidrig war. Die Situation sah auf dem Parteitag eine Zeit lang recht kritisch aus, man konnte fast glauben, daß die scharfe Haltung der norddeutschen Radikalen die süddeutschen Genossen vor den Kopf stoßen würde und der Auszug der 70 Süddeutschen schien auf eine Explosion hinzudeuten, aber man befann sich wieder, um der Welt nicht das Schauspiel eines Bruderzwistes im roten Lager zu geben. Und siehe da, am andern Tage waren die Süddeutschen wieder vollständig zur Stelle. Die Frage ist: Was nun? Es hat durchaus den Anschein, als wenn die Beschlüsse des Parteitages in der Frage der Budgetbewilligung ebenso problematischer Natur bleiben werden, wie diejenigen, welche frühere Parteitage in dieser Hinsicht gefaßt haben. Von süddeutscher Seite hat man eine Erklärung losgelassen, die sich aber lediglich auf den Zubeilischen Antrag bezieht, im übrigen aber die künftige Haltung nicht verrät. Diese Taktik wird man den Süddeutschen nicht verdenken können, sie werden sich hüten, sich schon jetzt festzulegen, im übrigen aber darf man annehmen, daß sie in der gleichen Weise verfahren werden, wie bisher, und man wird im Wiederholungsfalle eventuell wieder das Budget bewilligen, wenn man dies aus taktischen Gründen für richtig hält, und wird sich darin in keiner Weise durch Parteitagbeschlüsse oder Drohungen mit Ausschluß aus der Partei einschüchtern lassen. Wird doch auch von dieser Seite erklärt, daß die Frage der Budgetbewilligung keine prinzipielle, sondern lediglich eine taktische sei und daß hierüber nicht das Forum der Gesamtpartei zu entscheiden habe, sondern die Landesvertretung. Zu einem Bruche wird es also nicht kommen, die Sieger in diesem Streit sind aber keineswegs die Radikalen, trotz Annahme ihrer Resolution, sondern die Süddeutschen, welche nach wie vor tun werden, was ihnen beliebt, unbekümmert darum, ob ihre Haltung etwa die Mißbilligung des Parteivorstandes und eines Teils der sozialdemokratischen Presse finden könnte. In sonstigen Fragen nahm der Parteitag dagegen eine ziemlich gemäßigte Haltung ein, so bei der Kaiserfeier, vor allem aber hinsichtlich der Frage des Massenstreiks. Diese wurde bei der Erörterung der preußischen Wahlrechtsreform aufgerollt, und zwar durch Rosa Luxemburg, die mit dieser Waffe drohte, falls das Wahlrecht nicht den Wünschen der Sozialdemokratie entsprechend geändert würde. Mit diesem Vorschlag fand sie aber bei der überwiegenden Mehrheit des Parteitages keinerlei Anklang, verschiedentlich sogar allerhöchste Zurückweisung, namentlich von Seiten der Gewerkschaften, welche erklären ließen, daß die Frage des Massenstreiks nicht einseitig durch die politischen Organe entschieden werden könne, auch die gewerkschaftlichen Organe in ihrer Gesamtheit müssen dazu gehört werden, um etwaige Bedenken darzulegen. Die überreichte Erklärung ließ sogar durchblicken, daß man den Antrag Luxemburg als eine Friedensstörung zwischen Partei und Gewerkschaft auffassen müsse. In dieser Frage konnte es leicht zu einem neuen Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaften kommen, den die besonnenen Elemente in der Partei unter allen Umständen vermeiden sehen möchten. Bei der Diskussion war es nicht ohne Interesse, wahrzunehmen, daß — eine alte Erfahrung — am radikalsten sich die Frauen gebärdeten und mit großer Lebhaftigkeit für den Massenstreik eintraten. Als politisches Kampfmittel dürfte vorläufig der Massenstreik ausscheiden. Faßt man das Gesamtergebnis des Parteitages zusammen, so ergibt sich, daß irgend welche Veränderungen in der Situation

innerhalb der Partei nicht zu verzeichnen sind; in einer Reihe von Fragen bestehen Differenzen zwischen Nord und Süd, die aber nimmermehr verhindern können, daß die Partei einig und schlagfertig nach außen hin Front machen wird.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Zur Ostasienreise des Kronprinzen. Der Panzerkreuzer „Sneisenau“ wird etwa am 10. November nach Ostasien in See gehen, um später Seine Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen aufzunehmen.

— Unfall des Fürsten Bülow. Belegentlich seines gewohnten Spazierganges in den Dünen stürzte Fürst Bülow mit dem Pferde und zog sich eine Quetschung der linken Schulter zu. In wenigen Tagen dürfte der Fürst wieder völlig hergestellt sein.

— Militärvorlage und Reichsfinanzen. In Rücksicht auf den schlechten Stand der Reichsfinanzen haben sich Kriegsministerium und Schatzamt auf eine kurze Verschiebung der Forderung von vierten, automobilen Trainkompagnien für jedes Armeekorps geeinigt, die u. a. schon deshalb für nur vorübergehend rückstellbar erachtet wird, als auch die 2. Staffeln der Munitionskolonnen grundsätzlich den mechanischen Zug erhalten sollen.

— Diebstahl von Karabinerschloßern in Koblenz. Bei dem Pionierbataillon Nr. 8 sind zwei neue Karabinerschloßer verschwunden. Man vermutet, daß die Schloßer an ausländische Interessenten verkauft worden sind. Mit Genehmigung des Generalkommandos werden sämtliche Reservisten des Bataillons erst entlassen werden, wenn die Sache aufgeklärt ist, auf keinen Fall vor dem 1. Oktober.

— Reichstagsersatz- und Wahlwahl. Bei der Reichstagsersatz- und Wahlwahl im Wahlkreis Frankfurt (Oder)-Lebus ist am Montag der Sozialdemokrat Faber mit einer Mehrheit von 172 Stimmen gewählt worden; es wurden nämlich für Winter (natlib.) 15 625 und für Faber (Soz.) 15 797 Stimmen abgegeben.

— Der Discont der Reichsbank ist am Montag um 1 vom Hundert auf 5 vom Hundert, der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren ebenfalls um 1 v. H. auf 6 v. H. erhöht worden.

Oesterreich-Ungarn.

— Wien, 26. September. Die „Sonn- und Montags-Zeitung“, die manchmal zu inspierten Äußerungen veranlaßt wird, läßt sich über die finanzielle Einkreisungspolitik Frankreichs und Englands aus, die sich in Unfreundlichkeiten der jüngsten Zeit gegen die Türkei, Ungarn und auch gegen Oesterreich zeigt. In dem Artikel wird ausgeführt, daß die Mächte der Tripleentente sich entschieden verrechnen würden, wenn sie glaubten, Oesterreich-Ungarn auszuhebeln und seine Armee zum Verborgen bringen zu können. Im Gegenteil würde die Einkreisung zu einem noch festeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und den Balkanstaaten führen, der neue Quellen des Wohlstandes erschließen würde.

Belgien.

— Zum Besuch des Deutschen Kaisers in Brüssel. Die Brüsseler Blätter beschäftigen sich bereits mit dem bevorstehenden Besuch Kaiser Wilhelms in Brüssel. Man erwartet aus diesem Anlaß einen großen Zubrang Deutscher in Brüssel. Auf der Eisenbahnlinie Köln-Nachen-Brüssel werden bei dieser Gelegenheit zahlreiche Sonderzüge eingelegt. Die Brüsseler Hotels erhalten bereits jetzt unzählige Zimmerbestellungen aus allen Teilen Deutschlands. Der Frage, welchen Weg man wählen wird, um den Kaiser vom Bahnhof zum königlichen Palast zu geleiten, wird seitens der Blätter großes Interesse beigemessen. Sie verlangen, daß Kaiser Wilhelm durch die Straßen der Unterstadt geführt werde und daß nicht wie sonst bei derartigen Anlässen für den Umzug ausschließlich die großen Avenuen der Oberstadt benützt würden. Dieser Vorschlag wird gemacht, um es dem Volke zu ermöglichen, dem Empfang des Deutschen Kaisers beizuwohnen. Andererseits besitzt die Oberstadt den Vorzug, breitere Avenuen und Boulevards zu haben, die sich für einen festlichen Umzug besser eignen.

England.

— Eine Auslandsreise des Prinzen von Wales. Nach einer amtlichen Bekanntmachung wird der Prinz von Wales demnächst auf einem Kriegsschiff eine große Kreuzfahrt antreten, um seine im Marine-College zu Osborne genossene Ausbildung praktisch zu ergänzen. Ziel und Dauer der Fahrt werden in Kürze bekanntgegeben. Nur so viel steht bereits fest, daß die Auslandsreise mehrere Monate währen wird und der 16jährige Thronfolger auf der ganzen Fahrt seinen Kameraden gleichgestellt sein soll. Amtliche Empfänge oder Begrüßungen finden nirgends statt. Es ist der ausdrückliche Wunsch des Königs, daß der Prinz von Wales, so lange er minderjährig ist, nicht als Thronfolger, sondern als einfacher Offizier der britischen Flotte behandelt wird.

— Lord Beresford und die Seeherrschaft im Mittelmeer. Gegenüber der von mehreren französischen Politikern und Marineoffizieren vertretenen Ansicht, daß Frankreich seine großen Schlachtschiffe und Kreuzer ausschließlich im Mittelmeer verwenden solle, um dort die Sicherung gegenüber einer etwa vereinigten österreichisch-italienischen Flotte zu übernehmen, hat Lord Charles Beresford dem Vertreter eines Pariser Blattes erklärt, die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Frankreich und England rechtfertigen gewiß das größte gegenseitige Vertrauen. Eine Zurückziehung der französischen Schlachtschiffe aus dem Narmellanal und dem Atlantischen Ozean würde zwar den Beweis des rückhaltlosen Vertrauens zu der Seemacht und der Zuverlässigkeit Englands bilden, und es könnte deshalb auf den ersten Blick natürlich erscheinen, daß England seinerseits einen Teil seines Mittelmeergeschwaders zur Verstärkung seiner Streitkräfte im Narmellanal und dem Atlantischen Ozean benutzte und der französischen Flotte die Aufgabe überließe, die Polizei im Mittelmeer auszuüben. Aber so innig auch gegenwärtig die Beziehungen zwischen Frankreich und England sein mögen, sei er doch der Ansicht, daß jedes der beiden Länder gerade im Interesse dieser Beziehungen der ausschließlichen eigenen Verantwortung entsprechend seinen besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen habe. Er werde deshalb gegebenen Falles mit seinem ganzen Einfluß dafür eintreten, daß England keinem andern die Sorge überlasse, seine Flottenstation im Mittelmeer und seine Verbindungen mit Indien zu verteidigen.

Italien.

— Eine italienische Vertrauenskundgebung. Die römische „Tribuna“ schreibt: „Obwohl die Meldungen von einem Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Deutschland und von einer kürzlich abgeschlossenen Militärkonvention zwischen der Türkei und Rumänien, die ohne Wissen Italiens abgeschlossen seien, mehrere Male in autoritativer Weise für unwahr erklärt worden sind, gibt es noch manches Blatt, das dabei beharrt, diese Nachrichten wenigstens für teilweise begründet zu halten. Wir haben uns deshalb an eine durchaus sichere Stelle gewandt und sind jetzt in der Lage, zu wiederholen, daß diese Meldungen jeder Begründung entbehren. Wir können auch hinzufügen, obgleich das überflüssig ist, daß die gegenseitigen Beziehungen zwischen Italien, Oesterreich-Ungarn und Deutschland äußerst intime, vertrauensvolle und herzliche sind, und daß die Regierungen dieser Länder in den jüngsten Zusammenkünften und im Laufe ihres gewöhnlichen Schriftwechsels sich gegenseitig alle Tatsachen und Maßnahmen der letzten Phasen der internationalen Politik mitgeteilt haben. Wir freuen uns feststellen zu können, daß auch die öffentliche Meinung Italiens sich durch diese tendenziösen, der Begründung entbehrenden Nachrichten nicht hat irre führen lassen.“

Türkei.

— Konstantinopel, 26. September. Generaloberst v. d. Goltz trifft am Freitag hier ein. Er wird sich Anfang Oktober zu den großen Manövern bei Adrianopel begeben. Die Manöver werden mit einer großen Parade von 60 000 Mann in Gegenwart des Sultans, des Thronfolgers und sämtlicher kaiserlichen Prinzen ihren Anfang nehmen. Der König von Bulgarien wird den Sultan durch eine besondere Mission begrüßen lassen. Generaloberst v. d. Goltz verbleibt im ganzen 6 Wochen in der Türkei.

— Konstantinopel, 26. September. Auf Anordnung der Pforte wurden vorgestern von Beirut 20